

## C·A·P Planung...

## 23. April

Workshop „Europa föderal organisieren“

## 20./21. Mai

Sitzung der „Task Force Tschechische Republik“ im Rahmen des Projektes „Die Integration der mittel- und osteuropäischen Staaten in die EU“ der Bertelsmann Wissenschaftsstiftung und der Forschungsgruppe Europa

## 21. Mai (C·A·P-FORUM)

Vortrag von Dr. Wladimir Korowkin, Institut für Weltwirtschaft und Internationale Beziehungen Moskau, zum Thema „Rußland vor den Wahlen“

## 30./31. Mai

„The Reform of the European Union and the Middle East“, Konferenz der Bertelsmann Stiftung, der Forschungsgruppe Europa und des Helmut Kohl Institute for European Studies der Hebräischen Universität in Jerusalem

## 3. Juni (C·A·P-FORUM)

„Israel nach den Wahlen“ Paneldiskussion zur Zukunft des Friedensprozesses

## 13./14. Juni

Sitzung der „Task Force Polen“

## 19./20. Juni

Sitzung der „Task Force Slowakische Republik“

## 21. Juni

„Wie sind Minderheitenprobleme in Mittel- und Osteuropa zu lösen?“ Workshop der Bertelsmann Wissenschaftsstiftung und der Forschungsgruppe Europa in Bratislava

## 24. Juni (C·A·P-FORUM)

„Europa '96 - Die Entscheidungsverfahren auf dem Prüfstand“, Vortrag von Dr. Hubertus DeBloch, Leiter der Vertretung Bayerns bei der Europäischen Union, Brüssel

## 25./26. Juni

„Die transatlantische Gemeinschaft: Auf dem Weg zur civil society?“ Konferenz der Bertelsmann Stiftung, der Forschungsgruppe Europa und des Council on Foreign Relations, New York

## C·A·P ANORAMA...

herausgegeben vom

Centrum für angewandte Politikforschung (C·A·P)

Direktor: Prof. Dr. Dr. h.c.

Werner Weidenfeld

Grafinger Straße 2

81671 München

Tel. 089 - 4132 640

Fax 089 - 4132 491

E-Mail: 101350.200@compuserve.com

Geschwister-Scholl-Institut für

Politische Wissenschaft

## Fremde im eigenen Land

Zum Verhältnis von Juden und Nichtjuden in Deutschland

Von Thomas R. Henschel

**E**dith heißt eigentlich Irid, aber ihren hebräischen Namen benutzt sie selten in Deutschland. Irgendwann war sie die Fragen nach dem Ursprung ihres Namens, wo sie herkomme und ob sie wieder zurück möchte leid - auch die wohlwollenden. Sie wollte nicht immer wieder erklären, daß sie ja Deutsche sei. Als Edith lebt sie nunmehr unbelästigt von solchen Fragen und ihr Jüdisch-Sein thematisiert sie nur unter Freunden.

Die fremdenfeindliche Gewaltwelle, die auch zu antisemitischen Anschlägen führte, war ein Schock für die deutschen Juden. Alte Ängste wurden wieder wach: „Wie soll man das heraufbeschwören, ohne den Verstand zu verlieren, ohne zu verzweifeln? Es ist unmöglich, davon zu sprechen und unmöglich, nicht davon zu sprechen. Zu viele Leichname türmen sich an unserem Horizont; sie lasten schwer auf jedem unserer Worte, und ihre erloschenen Augen schließen uns ein.“ (*Elie Wiesel*) Tabus wurden gebrochen und antisemitische Stereotypen finden wieder Zustimmung unter deutschen Nichtjuden. Das jüdische Selbstverständnis in Deutschland kann daher nicht anders als gespalten und ambivalent sein. Es kann auch nicht jene Eindeutigkeit erlangen, die *Ezer Weizmann*, der israelische Präsident, bei seinem kürzlichen Besuch in der Bundesrepublik forderte, als er fragte: Wie können Juden heute noch in Deutschland leben?

Vorurteile und Aggressionen gegenüber Minderheiten sind Ausdruck einer Ich-schwachen, autoritätsgebundenen Persönlichkeitsstruktur. Ich-Schwäche führt zu einem Gefühl der ständigen Bedrohung, weshalb betroffene Menschen den Schutz einer Gruppe suchen. Konstitutiv für den Antisemitismus ist dabei ein stark polarisiertes Weltbild. Insgesamt wird der Antisemitismus als eine Ausprägung von Rassismus und Ethnozentrismus gesehen. Welche Maßnahmen kann und muß nun eine Gesellschaft ergreifen, die Toleranz, Rechtsstaatlichkeit und demokratische Verfassung zu ihren Fundamenten erklärt hat? So wie Antisemitismus, Intoleranz und Gewalt gelernte Verhaltensweisen von Menschen sind, so können diese Verhaltensweisen auch wieder verlernt werden. Dabei müssen die Angebote zur Förderung von Toleranz und Kompetenz im Umgang mit den anderen weit über rationale Aufklärung hinausgehen. Mit Hilfe von Methoden aus dem erfahrungs- und erlebnisorientierten Lernen können hier zum Teil erstaunliche Effekte bei Jugendlichen erzielt werden. Wer selbst erlebt und verarbeitet hat, was Diskriminierung bedeutet, wer gelernt hat, Konflikte dialogisch und damit mit friedlichen Mitteln zu lösen, wer eine Stärkung seines Ichs und seines Selbstbewußtseins erfahren hat, der kann auf intolerantes und gewalttätiges Verhalten verzichten. Doch noch werden solche Angebote viel zu selten gemacht, sind diese Methoden noch zu unbekannt. Mit dem Kooperationsprojekt „Erziehung zu Demokratie und Toleranz“ der *Forschungsgruppe Jugend und Europa* und der *Bertelsmann Wissenschaftsstiftung* werden Angebote zur Förderung von Toleranz initiiert und bundesweit für die Lehrerfortbildung und Schulung von politischen Bildnern für die unterschiedlichsten Adressatengruppen zur Verfügung gestellt. Dabei kann auf ein bestehendes internationales Netzwerk von Partnerinstitutionen aufgebaut werden, die über jahrelange Erfahrungen verfügen. Das Ziel dieser Initiative ist hoch gegriffen, doch nur so können wir erreichen, daß auch Irid sich zu ihrem Namen und ihrer Herkunft bekennen kann und als deutsche Jüdin ohne Befürchtungen und Skepsis unter deutschen Nichtjuden leben wird.

Dr. Thomas R. Henschel ist Leiter der Forschungsgruppe Jugend und Europa. Informationen zur „Erziehung zu Toleranz und Demokratie“ können beim C·A·P angefordert werden.

C·A·P<sub>rolog</sub>...

Die **Regierungskonferenz** zur Reform des Maastrichter Vertrages sucht nach dem Machbaren eher als nach dem Notwendigen. Das ist zugleich Bewegungsgesetz und **Dilemma der Europapolitik**: In den Verhandlungen der Regierungen wiegen die Widerstände der Apparate, die Bedenken einzelner Entscheidungsträger und die Dynamik des Konferenztisches stärker als die Problemfragen der institutionellen Lähmung, der Öffnung der EU nach Osten oder der Reform der gemeinsamen Politiken. Aufgabe angewandter Politikforschung ist daher, diese Sachdimension in Erinnerung zu rufen und auf die „essentials“ der Reform zu drängen.

In Schwerpunktprojekten hat das C·A·P konzeptionell zur Klärung des Reformbedarfs beigetragen und konkrete Vorschläge zur Weiterentwicklung der europäischen Integration entwickelt. Unser Ansatz wäre schon heute überholt, hätten wir uns dabei nur am jeweils machbar Erscheinenden orientiert. Unser **Reformkonzept** liegt seit Sommer 1994 vor; in vielen EU-Staaten haben wir damit die Reformdiskussion beeinflusst, eine Reihe von Regierungen haben wir in der Analyse und Positionsentwicklung unterstützt. Diese Regierungskonferenz wird nur eine Etappe der Integrationsentwicklung sein. **Perspektive** ist nötig, um die Zwischenschritte gezielt in solche Richtungen zu lenken, die auch im Europa der 27 noch Bestand haben werden.

Josef Janning

Stv. Direktor des C·A·P, Leiter der

## Das neue Europa

## Strategien differenzierter Integration

*Für das „Internationale Bertelsmann Forum“ der Bertelsmann Stiftung am 19./20.1.1996 auf dem Petersberg bei Bonn legte die Forschungsgruppe Europa ein umfassendes Strategiepapier zur weiteren Gestaltung des europäischen Integrationsprozesses vor. Zahlreiche Staats- und Regierungschefs, Minister, Politiker, Journalisten und Wirtschaftsführer aus Europa und den USA diskutierten auf dieser Grundlage offen und kontrovers über die Zukunft Europas. Nachfolgend Kernpunkte des Papiers, das beim C·A·P erhältlich ist:*

**M**it der Erweiterung nach Osten wird die Europäische Union eine ihrer Gründungsideen verwirklichen: den Zusammenschluß des freien Europa in einem integrierten politischen System zum Zwecke der Sicherung von Frieden, Wohlstand und Stabilität. Die Qualität des politischen Systems der großen EU bedarf jedoch noch einer genauen Klärung. Die bisherigen Ansätze schreiben den Status Quo lediglich fort. Ohne Anpassung ihrer Strukturen und Prozesse an die neuen Bedingungen und Herausforderungen der internationalen Umwelt wird die erweiterte EU unregierbar werden. Ohne eine fundamentale Anpassung ihrer Agrar-, Struktur- und Haushaltspolitik wird sie nicht mehr in der Lage sein, die internen und externen Erfolge der Integration fortzuschreiben.

Die europäische Integration braucht ein neues Leitbild. Nötig ist ein Konzept der **differenzierten Integration**, das die Fortentwicklung der EU

und gleichzeitig ihre Erweiterung ermöglicht. Wenn in Zukunft ein Teil der Mitglieder auf den Trittbrettern des Integrationszuges mitfährt, dann wird ein anderer Teil in Kernfragen des gemeinsamen Interesses vorangehen müssen. In der erweiterten EU wird die Kluft zwischen der Integrationsfähigkeit oder Integrationsbereitschaft einerseits und den Anforderungen an die Teilnahme in integrierten Sektoren andererseits tiefer werden. Es gilt deshalb, den europäischen Integrationsprozeß auf hohem, aber unterschiedlichem Niveau mehrgleisig zu organisieren. Grundgedanke der Differenzierung ist es, für die verschiedenen Integrationsprojekte den jeweils maximalen oder optimalen Kreis an Mitgliedstaaten zu gewinnen. Die Differenzierung geht von einer Kernbildung aus, läßt jedoch mehrere Kerne mit unterschiedlicher Mitgliedschaft zu und unterstützt ein „opting-in“ leistungsbereiter



Die Architektur Europas erörtern Hans-Dietrich Genscher, Henry Kissinger, Werner Weidenfeld und Jacques Santer während des **Internationalen Bertelsmann Forums**. Unter den weiteren Gästen: Bundespräsident Roman Herzog, Außenminister Klaus Kinkel, CDU/CSU-Fraktionsvorsitzender Wolfgang Schäuble, der tschechische Ministerpräsident Vaclav Klaus, der slowakische Ministerpräsident Vladimir Meciar, Grigorij Jawlinskij, Ruud Lubbers, Carl Bildt, der finnische Premier Paavo Lipponen, der Präsident Estlands Lennart Meri, der ungarische Außenminister Laszlo Kovacs, Richard Holbrooke, Lord Geoffrey Howe,...

Politische Ziele und  
Notwendigkeiten definieren  
die Instrumente



Vaclav Klaus, Josef Janning und Roman Herzog während des Forums im Gespräch.

Legitimität, Transparenz und  
Effizienz - die Reform der  
Institutionen der EU

Gesamtheit nicht erreichbar erscheint, doch gleichwohl die Leistungsfähigkeit der Union erhöht. Vorrangige Ziele sind die Sicherung des Binnenmarktes, die Verwirklichung einer europäischen Wirtschafts- und Währungsunion und die Entwicklung einer europäischen Außen- und Sicherheitspolitik. Die Klärung der Kompetenzen und des gegenseitigen Verhältnisses zwischen EU, NATO und WEU ist dazu unerlässlich. Nach außen gilt es, die transatlantische Partnerschaft mit den USA neu zu begründen und gegenüber Rußland - dem zukünftigen direkten Nachbarn der großen EU - ein kooperatives und freundschaftliches Verhältnis zu entwickeln. Der erfolgversprechende Ansatz einer gemeinschaftlichen Mittelmeerpolitik ist konsequent fortzuentwickeln.

Zur Bewältigung dieser Aufgaben braucht die EU eine durchgreifende Vereinfachung ihres Gefüges und ihrer Verfahren. Das föderale und demokratische Prinzip müssen für jedermann einsichtig organisiert werden. Zur Klärung der Zuständigkeiten von EU und Mitgliedstaaten reicht das Subsidiaritätsprinzip nicht aus. Vielmehr sollte ein Kompetenzkatalog die Zuweisung der Aufgaben übernehmen. Zur Verbesserung demokratischer Legitimation und Kontrolle sollte die Zahl der Entscheidungsverfahren stark reduziert werden. Die Gesetzgebung der EU erfolgt grundsätzlich gleichberechtigt durch den Rat und das Europäische Parlament, das derzeitige Mitentscheidungsverfahren wird in vereinfachter Form zur Regel in dem Zwei-Kammer-System.

Die Europäische Kommission wird stärker an das Votum des Parlaments gebunden. Die Vergabe der Portefeuilles erfolgt nicht nach nationalen Quoten, sondern nach politischen Notwendigkeiten und Fähigkeiten der Bewerber. Im Rat wird eine neue Festlegung der Stimmgewichte und eine Straffung der Führungsinstrumente unvermeidlich. Von entscheidender Bedeutung ist die Steuerung der Europäischen Union durch die Präsidentschaft. Die besondere Rolle der in allen Feldern der Integration beteiligten Mitgliedstaaten muß auch im Gesamtsystem zum Ausdruck kommen. Sinnvoll wäre eine Wahlpräsidentschaft für die Dauer von mindestens einem Jahr, übergangsweise auch eine Troika mit verlängerter Amtszeit, an der stets ein großer Mitgliedstaat beteiligt ist. Eine eigene „Außen-Präsidentschaft“ böte die Möglichkeit einer kontinuierlichen und politisch gewichtigen Vertretung der Unionsinteressen.

### C·A·P Presseschau...

Auszüge des Strategiepapiers erschienen am 22.1.96 unter dem Titel „Fortschritt oder Zerfall“ in der **Frankfurter Allgemeinen Zeitung**. Die Kernthesen veröffentlichten ebenfalls **International Herald Tribune** und **Le Monde**. Das **Handelsblatt** stellte fest: „Grundlage der Diskussion bildete ein exzellentes 22seitiges Konzeptpapier der Forschungsgruppe Europa.“ Das Strategiepapier ist als Arbeitspapier oder per E-Mail als Textdatei (101350.200@compuserve.com) beim C·A·P erhältlich.

### C·A·P Projekt...

Die Erarbeitung von **Optionen für die Strukturentwicklung der EU** ist ein Schwerpunkt der Arbeit der **Forschungsgruppe Europa**. Im Rahmen des langfristig angelegten Projektes mit der Bertelsmann Wissenschaftsstiftung „**Strategien für Europa**“ begleitet sie kontinuierlich die europäischen Reformdebatten mit wissenschaftlichen Analysen und konstruktiven Vorschlägen. Zur Vorbereitung der Regierungskonferenz 1996 analysierte die Forschungsgruppe den **Maastrichter Vertrag** im Hinblick auf seine Defizite und Akzeptanzprobleme. Darauf aufbauend entwickelte sie in Zusammenarbeit mit einer Expertenkommission ein **Reformprogramm** und brachte es in die öffentliche Debatte ein. Besonderes Augenmerk wurde auf einer Fachkonferenz im Juni 1995 auch der Frage geschenkt, inwieweit die anstehende Osterweiterung und die Aufrechterhaltung der institutionellen Handlungsfähigkeit der EU vereinbar sind.

Veröffentlichungen zum Thema: Weidenfeld, Werner (Hrsg.): Maastricht in der Analyse, Gütersloh 1994; Europa '96: Reformprogramm für die Europäische Union, Gütersloh 1994; Reform der Europäischen Union, Gütersloh 1995; Europa '96 - Unterwegs wohin?, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B1-2/1996

## Hebräische Universität Jerusalem

### Europa vermitteln, Integration anwenden

Im Arbeitsbereich „Europa und der Nahe Osten“ bildet die Kooperation mit dem „*Helmut Kohl Institute for European Studies*“ an der *Hebräischen Universität* in Jerusalem seit 1992 einen herausragenden Schwerpunkt. Gefördert wird das bei der *Forschungsgruppe Europa* angesiedelte Projekt von der *Bertelsmann Stiftung* in Gütersloh.

Im Rahmen des Projektes sollen Mechanismen und Instrumente der europäischen Integration als Ansatz für die regionale Kooperation im Nahen Osten geprüft und vermittelt werden. Der Friedensprozeß bietet - trotz des Terrors der Hamas - die Chance, sich über wirtschaftliche und politische Zusammenarbeit zu einer dauerhaften und stabilen Entwicklung zu verstetigen. Die Entwicklung von geeigneten Verfahren und Institutionen regionaler Integration wird deshalb jährlich auf einer Konferenz in Jerusalem diskutiert. Dort tauschen sich europäische, israelische und palästinensische Wissenschaftler über den aktuellen Stand der europäischen Integration aus und prüfen ihre Übertragbarkeit auf den Nahen Osten.

Der zweite Kooperationschwerpunkt ist die Förderung eines Austausches von israelischen und europäischen Wissenschaftlern. 1996 wird *Prof. Dr. Margareta Mommsen* vom *Geschwister-Scholl-Institut für Politische Wissenschaft* der Universität München an der Hebräischen Universität lehren. Im Zentrum ihrer Lehrtätigkeit steht die Integration Mittel- und Osteuropas in die EU und das Verhältnis Europas zu Rußland. Im Gegenzug wird in diesem Jahr *Prof. Dr. Emanuel Gutmann* von der Hebräischen Universität das Thema „Nationale Identität und regionale Integration“ im Rahmen einer Vorlesung und eines Seminars für Münchner Studenten aufbereiten. Zudem stellt das C·A·P auch 1996 wieder Stipendien für postgraduierte israelische Studenten bereit, die ihr Wissen über die europäische Integration mit Hilfe der am C·A·P zur Verfügung stehenden Infrastruktur optimal vertiefen können. Vom C·A·P finanzierte Studienreisen nach Brüssel helfen dabei, den politischen Alltag Europas zu veranschaulichen.

In der Rubrik C·A·Partner stellen wir Projekt- und Kooperationspartner aus der Arbeit der Forschungsgruppen vor.

### C·A·Portrait...

**Thomas Paulsen** ist seit 1995 Wissenschaftlicher Mitarbeiter der *Forschungsgruppe Deutschland* am C·A·P. Neben seiner Mitarbeit im Forschungsprojekt „*Geschichte der deutschen Einheit*“ ist er Redakteur des *Handbuches zur deutschen Einheit*, das zur diesjährigen Frankfurter Buchmesse in einer kompletten Neuausgabe erscheinen wird. Das Magisterstudium der *Politikwissenschaft, Geschichte und Soziologie* absolvierte Paulsen an den Universitäten Freiburg und München mit den Schwerpunkten Deutsche Einheit, deutsch-französische Beziehungen, Internationale Politik sowie Innen- und Außenpolitik der USA. Danach arbeitete er am Institut für Staatswissenschaften der Universität der Bundeswehr München. Mit Unterstützung der Stiftung Wissenschaft und Politik in Ebenhausen erstellte Paulsen eine **Studie über die amerikanische Jugoslawienpolitik**, die auf einer intensiven Auswertung amerikanischer Dokumente und ausführlichen Interviews mit Experten und Diplomaten der USA beruht. Die Arbeit ist 1995 bei der Nomos Verlagsgesellschaft unter dem Titel **„Die Jugoslawienpolitik der USA 1989-1994. Begrenztes Engagement und Konfliktdynamik“** erschienen und ist in verschiedenen Fachzeitschriften und Tageszeitungen rezensiert worden. Weitere Veröffentlichungen: Frankreich und die deutsche Wiedervereinigung, in: *Interregiones* 2/1993, S. 28-44; mit E. Bruck u.a., Stabilität im Wandel. Eine Zwischenbilanz zur deutschen Einheit, in: *Deutschland Archiv* 11/95, S. 1194-1199; Außenpolitik, in: W. Weidenfeld/K.-R. Korte (Hrsg.): *Handbuch zur deutschen Einheit*, Frankfurt a.M./New York 1996 (i.E.).

## Die transatlantische Partnerschaft neu begründen

Das Ende des Kalten Krieges hat die Bedeutung der Sicherheitskooperation als tragendes Fundament der transatlantischen Partnerschaft in Frage gestellt. Zukünftig werden jedoch wirtschaftliche Tagesordnungspunkte auf der Agenda stehen, folgt man den Vorschlägen für die Schaffung einer Transatlantischen Freihandelszone. *Wolfgang H. Reinicke* vom renommierten *Brookings Institut* in Washington befaßt sich seit längerem mit diesem Trend in den transatlantischen Beziehungen. Fundiert und kritisch beurteilt er in dem vorliegenden Band die gegenwärtigen Entwicklungen und Perspektiven vor dem Hintergrund einer sich zwischen den Polen der Globalisierung und der Regionalisierung entwickelnden Weltwirtschaft.

Wolfgang H. Reinicke: **Deepening the Atlantic. Towards a New Transatlantic Marketplace?**, Verlag Bertelsmann Stiftung, Gütersloh 1996, 96 S., DM 15.-, ISBN 3-89204-802-9

## Internationales Bertelsmann Forum 1993

Anhand von Beiträgen der Teilnehmer zu den Themen europäische Wettbewerbsfähigkeit, Wandel in Mittel- und Osteuropa, Sicherheit in Europa und Entwicklung im Nahen Osten zeichnet der Band die Diskussionen des *Internationalen Bertelsmann Forums 1993* detailliert nach. Das Forum bietet alle zwei Jahre zahlreichen Führungspersönlichkeiten aus Politik, Wirtschaft, Wissenschaft, Kultur und Medien die seltene Gelegenheit, im vertraulichen Dialog Strategien und Optionen der europäischen Entwicklung zu diskutieren, ohne auf bürokratische Sachzwänge und Tagesdiskussionen Rücksicht nehmen zu müssen. Ebenfalls im Band enthalten ist das Strategiepapier der *Forschungsgruppe Europa* „Was Europa leisten soll“, das als Grundlage der Gespräche während des Forums diente.

Bertelsmann Stiftung (Hrsg.): **Europas politische Agenda für die neunziger Jahre - Internationales Bertelsmann Forum**, Verlag Bertelsmann Stiftung, Gütersloh 1995, 183 S., DM 20.-, ISBN 3-89204-135-0

## Rückblick auf die Zeitenwende

Hätte im November 1989 jemand prophezeit, Deutschland sei noch vor Jahresfrist vereinigt, er wäre als Phantast verlacht worden. Um so erstaunlicher erscheint rückblickend, wie schnell und relativ unkompliziert die Verhandlungen über die Einheit Deutschlands ihren Lauf nahmen. Tatsächlich war die Unterzeichnung des „2+4“-Vertrages im Herbst 1990 Resultat eines umfassenden, äußerst komplexen Verhandlungsprozesses. Die Autoren des sechsten Bandes der *„Schriftenreihe der Forschungsgruppe Deutschland“* zeichnen - jeweils aus nationalstaatlicher Perspektive - Interessen und Verhandlungsstrategien der Vertragspartner USA, UdSSR, Frankreich, Großbritannien sowie der beiden deutschen Staaten nach und machen so Entscheidungsabläufe transparent. Ein ausführlicher Literaturbericht und eine Chronologie der Ereignisse ergänzen die Analysen.

Elke Bruck, Peter M. Wagner (Hrsg.): **Wege zum 2+4-Vertrag. Die äußeren Aspekte der deutschen Einheit**, München 1996, 208 S., DM 25,80 ISBN 3-9804711-1-X.

## Mobilität der jungen Generation in Europa

Mobilität - eine Qualifikation, die im zusammenwachsenden Europa eine zunehmende Bedeutung erlangt - ist für die junge Generation in Polen und Deutschland noch längst nicht zu einer Selbstverständlichkeit geworden. Zu unterschiedlich sind bisher die Voraussetzungen, mit denen die Jugendlichen in Ost und West konfrontiert sind. Während für die junge Generation in Polen die Freiheiten des Binnenmarktes noch weit entfernt sind, ist grenzenlose Mobilität innerhalb Europas für die Jugendlichen im vereinten Deutschland bereits eine selbstverständliche Realität geworden. Gleichwohl sind die Einstellungen gegenüber den offenen Grenzen ambivalent. Die vorliegende internationale Untersuchung analysiert die unterschiedlichen Einstellungen und läßt Jugendliche aus Deutschland und Polen zu Wort kommen.

Thomas R. Henschel (Hrsg.): **Mobilität ist mehr als Reisen. Die Einstellungen der jungen Generation in Polen und Deutschland zu einer Schlüsselqualifikation**, Schriftenreihe der Forschungsgruppe Jugend und Europa, Band 5; Europa Union Verlag, Bonn 1995, 106 S., DM 16,80, ISBN 3-7713-0513-6

## Europa zwischen Macht und Ohnmacht

*Curt Gasteyger, Professor für Internationale Beziehungen am Graduate Institute of International Studies in Genf, thematisierte bei seinem Besuch des C·A·P am 27. Februar die außen- und sicherheitspolitische Rolle der Europäischen Union. Zu diesem Anlaß stellte er auch sein neues Buch „An Ambiguous Power - The European Union in a Changing World“ vor, das im Verlag der Bertelsmann Stiftung erscheint. Die Studie ist im Kontext des von der Forschungsgruppe Europa und der Bertelsmann Wissenschaftsstiftung durchgeführten Projektes „Strategien für Europa“ entstanden.*

Im ausgehenden zwanzigsten Jahrhundert durchlebt Europa eine Zwischenzeit ohne prägende Konstellationen. Die Europäische Union stehe vor der Notwendigkeit, das wirtschaftliche Potential durch eine starke politische Dimension zu ergänzen und in Europa und seinen benachbarten Regionen Stabilität zu fördern. Mit dieser Aufgabenstellung eröffnete *Werner Weidenfeld* das C·A·P-FORUM.

Das C·A·P-FORUM ist eine Veranstaltungsreihe, bei der Politik, Wissenschaft und Öffentlichkeit Themen angewandter Politikforschung diskutieren

*Curt Gasteyger* stellte dazu fest, daß sich die Europäische Union in einem ambivalenten Zustand zwischen Macht und Ohnmacht befinde. Wie in seiner neuen Studie betonte er auch bei seinem Vortrag, daß zwischen dem, was die Union im wirtschaftlichen Bereich unternehme und dem, was von ihr im Bereich der Außen- und Sicherheitspolitik erwartet werde, ein deutliches Ungleichgewicht bestehe. Die Ökonomisierung der internationalen Politik habe die Bedeutung der Europäischen Union als globaler Akteur erhöht. Dies wird evident, wenn man ihre Rolle in den Internationalen Organisationen analysiere. Die Mittel für eine gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik seien also durchaus vorhanden, es fehle lediglich der politische Wille für ihre Realisierung.

Um dieses Dilemma zu überwinden, so *Gasteyger*, müsse eine Strategie entwickelt werden, die darauf abziele, die Außen- und Sicherheitspolitik der EU effektiver zu gestalten. Deshalb solle sie sich auf die Bereiche konzentrieren, die gemeinsames Handeln verlangen und die durch einzelstaatliche Maßnahmen nicht gelöst werden können. Besondere Aufmerksamkeit müsse dabei Osteuropa, dem Balkan und dem Mittelmeerraum zukommen. Entscheidend bei der Realisierung einer europäischen Außen- und Sicherheitspolitik sei die Aufrechterhaltung des inneren Zusammenhalts der Union. Als Schweizer würde *Gasteyger* deshalb einen bescheideneren Ansatz anraten. Situationsbezogene „Coalitions for action“ oder eine „sektorale Neutralität“ seien in diesem Zusammenhang vorstellbar. Zudem müsse die EU ihre wirtschaftliche Kraft noch deutlicher zur Durchsetzung ihrer politischen Ziele einsetzen.

Gelinge es schließlich, diese politische Dimension stetig fortzuentwickeln, so würde Europa seiner Verantwortung in einer komplexen und ungeordneten Welt gerecht.

Gelinge es schließlich, diese politische Dimension stetig fortzuentwickeln, so würde Europa seiner Verantwortung in einer komplexen und ungeordneten Welt gerecht.

Das Buch zum Forum: Curt Gasteyger: An Ambiguous Power - The European Union in a Changing World, Verlag Bertelsmann Stiftung, Gütersloh 1996, 159 S., DM 20.-, ISBN 3-89204-807-X

### C·A·P-FORUM...

„Medien formen den Stoff der Politik.“ Mit dieser These eröffnete *Werner Weidenfeld* am 22.1. das Forum zum Thema „Außenpolitik und Medien“. *Henrik Bork*, aufgrund seiner journalistischen Tätigkeit aus China ausgewiesen, wurde selbst Stoff der Politik. Unter der Leitung von *Josef Janning* diskutierten in kontroverser Form *Bork*, *Josef Riedmiller*, *Hanspeter Oschwald*, *Jochen Siemens* und *Rüdiger Löwe* die polarisierende Rolle der Medien in der internationalen Politik.



Professor Curt Gasteyger bei seinem Plädoyer für eine europäische Außen- und Sicherheitspolitik.

## Autor, Macht und Staat

*Das Verhältnis von Geist und Macht stand im Mittelpunkt des C·A·P-FORUMS „Autor, Macht und Staat. Intellektuelle in der politischen Kultur Deutschlands“, das unter der Leitung von Werner Weidenfeld mit den Referenten Prof. Dr. Paul Noack, Emeritus am Geschwister-Scholl-Institut für Politische Wissenschaft der Universität München, und Dr. Karl-Rudolf Korte, Leiter der Forschungsgruppe Deutschland, am 26. Februar stattfand.*

Jede Gesellschaft hat die Intellektuellen, die sie verdient

**P**rofessor *Paul Noack*, der seit vielen Jahren auch zur Rolle der Intellektuellen in der Bundesrepublik Deutschland publiziert hat, betonte in seinem Vortrag, daß es keine universelle Erscheinungsform und einheitliche Funktion der Intellektuellen gäbe: „Jede Gesellschaft hat die Intellektuellen, die sie verdient“. Für die geistige Lebendigkeit eines Landes scheine die Sozialfigur „Intellektueller“ unverzichtbar. Noack forderte die Deutschen, denen er eine besondere Distanz zwischen Geist und Macht zuschreibt, auf, die Funktion ihrer Intellektuellen im Schatten der Entideologisierung neu zu definieren und vermehrt Kontakte zwischen der intellektuellen und der politischen Elite, zwischen Geist und Macht, anzustreben.

Demokratie braucht Literatur

Demokratie braucht Literatur - diese Kernaussage traf *Karl-Rudolf Korte* in seinem anschließenden Vortrag über den deutschen Umgang mit erzählender Literatur. Korte stellte vier zentrale Thesen zur Diskussion: 1. Infotainment mache Literaten zunehmend zu Showstars und degradiere ihre Texte zu politikferner Ware. 2. Seit der staatlichen Einheit hätten die Literaten als Intellektuelle in Deutschland ihre Funktion gänzlich eingebüßt. 3. Romane seien die einfühlsamen Berichte zur Lage der Nation. 4. Lesen sei der Königsweg für Wissenserwerb. Die lesende Erfahrung mit erzählender Literatur, so Korte, wappne gegen totalitäre Ansprüche und liefere das Rüstzeug für komplexe, zusammengesetzte Identitäten. Literatur sei daher ein unverzichtbarer Bestandteil von Demokratie. Literaten sind für Korte die „Helden der Langsamkeit“ in einer immer schneller werdenden Welt.

Die Distanz zwischen Geist und Macht überbrücken

*Werner Weidenfeld* griff die in den Vorträgen aufgezeigte Distanz zwischen den zwei Subkulturen unserer arbeitsteiligen Gesellschaft, den „Wortweltenerbauern“ und den „Wirklichkeitsschaffern“, den Repräsentanten des Geistes und der Macht, auf. Die zentralen Fragen seien, wer kompetent und zuverlässig Erklärungsleistungen für die Probleme der Zeit erbringe, welche Stellung die Intellektuellen zukünftig im Staat hätten und welche Leistungen sie für diesen erbringen könnten.

Die anschließende Diskussion eröffnete ein vielfältiges und differenziertes Meinungsspektrum. Einstimmigkeit bestand jedoch darüber, daß die Intellektuellen Deutschlands nicht in Selbstreflexion vergehen, sondern sich stattdessen der Gesellschaft und Politik offen zuwenden sollten.

Literatur zum Thema: Paul Noack: Deutschland, deine Intellektuellen: Die Kunst, sich ins Abseits zu stellen, Stuttgart/München 1991; Karl-Rudolf Korte: Über Deutschland schreiben. Schriftsteller sehen ihren Staat, München, 1992; Karl-Rudolf Korte: Demokratie braucht Literatur. Vom deutschen Umgang mit erzählender Literatur, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B13-14/1996.

### C·A·P-FORUM...

„Töchter des Friedens ? Frauen in der Friedensbewegung in Israel und Deutschland“ lautete der Titel der Veranstaltung der **Forschungsgruppe Jugend und Europa** am 12. März. **Lea Rosh**, Direktorin beim NDR und Trägerin des Adolf-Grimme-Preises und **Rachel Freudenthal**, von der Hebräischen Universität in Jerusalem, diskutierten den spezifisch weiblichen Beitrag in der zu oft von Männern dominierten Politik. Fazit: Das konkrete Ziel des Friedens stärkt die israelische Frauenbewegung.

## Die GASP in einer erweiterten Europäischen Union

Im Februar trafen sich Vertreter aus Wissenschaft und Politik zu einer Tagung über die sicherheitspolitischen Folgen der EU-Erweiterung in Bad Homburg. Hohe Beamte der Außenministerien aus zehn mittel- und osteuropäischen Staaten, aus EU-Mitgliedstaaten und Vertreter europäischer Forschungsinstitute beschäftigte vor allem die Tatsache, daß Sicherheit nicht nur im engen militärischen Sinne zu verstehen sei. Vielmehr müsse ein erweiterter Sicherheitsbegriff angewandt werden, der Bereiche wie innere, wirtschaftliche und soziale Sicherheit oder Probleme des Umweltschutzes miteinbeziehe. Für die potentiellen EU-Beitrittskandidaten aus Mittel- und Osteuropa besteht im Bereich der militärischen Sicherheit eine klare Trennung zwischen EU und NATO. Die NATO wird weiterhin als einzige Instanz für „hard security“ angesehen, während die EU als Sicherheitspartner im politischen und wirtschaftlichen Bereich wirkt. Die Konferenz ist Teil eines Projektes der *Forschungsgruppe Europa*, der *Bertelsmann Wissenschaftsstiftung* und der *Europäischen Kommission*.

Sicherheit nicht nur  
militärisch definieren

### Ein Modellseminar...

...zur Lage des vereinten Deutschlands haben **Manuela Glaab** und **Jürgen Gros** von der **Forschungsgruppe Deutschland** konzipiert. „Auf dem Weg in eine neue Republik?“ eignet sich von Inhalt und Anlage besonders für Multiplikatoren der politischen Bildung und Oberstufenschüler. Es werden die Grundlagen für eine eigenständige kritische und fundierte **Analyse** der gegenwärtigen deutschen Innen-, Außen- und Wirtschaftspolitik vermittelt. Zum Ende werden die **Handlungsoptionen** für die deutsche Politik Ende der 90er Jahre diskutiert.

### Per E-Mail...

...ist das **C·A·P** über das Internet bereits seit längerem erreichbar (101350.200@compuserve.com). Die Forschungsgruppe Deutschland ist zudem direkt über das Netz der Universität München zu erreichen. (uf291ad@sunmail.lrz-muenchen.de)

### Die Berufung...

...als Vertreter der Hochschulen in den **Beirat der Akademie für Politische Bildung**, Tutzing, erhielt **Werner Weidenfeld** zum Anfang des Jahres. Desgleichen wurde er Mitglied im Kuratorium des **ifo Instituts für Wirtschaftsforschung**, München.

### Das C·A·P besuchten:

**Dr. Andras Hajdu**, Planungschef des ungarischen Außenministeriums und **Jenö Udvardy**, ungarischer Generalkonsul in München;

**Dr. Gary Geipel**, Hudson Institute, Indianapolis, USA;

**Dr. Fritz Hähle**, Fraktionsvorsitzender der CDU im sächsischen Landtag;

**Robert Goldmann**, Anti-Defamation-League, New York;

**Karlheinz Reif**, Europäische Kommission, Leiter „Survey Research“;

**Prof. Dr. Joseph Rován**, Präsident des B.I.L.D., Paris;

**Dr. Marek Prawda**, stv. Botschafter der Republik Polen in Deutschland;

## Demokratie braucht Miteinander

Neue Methoden zur Vermittlung demokratischer Verhaltensweisen zu entwickeln ist das Ziel der „*Miteinander-Werkstatt*“ im Projekt „Erziehung zu Demokratie & Toleranz“ der *Forschungsgruppe Jugend und Europa* und der *Bertelsmann Wissenschaftsstiftung*. Die Teilnehmer kommen aus Politik, Pädagogik, Kunst und Medien und treffen sich an drei Wochenenden im Jahr zu einem intensiven Ideenaustausch. Aus den Werkstatt-Treffen 1995 sind mehr als zehn Projektgruppen hervorgegangen, die sich mit unterschiedlichen Aspekten von Demokratie, Toleranz und Menschenrechten und ihren Umsetzungsmöglichkeiten in der Praxis beschäftigen. Zu den Projekten gehören u.a.: „Ohne Angst verschieden sein“, ein Seminarmodell zum Abbau von Vorurteilen, ein Wort-Bild-Kalender 1997 zum Thema Toleranz und die Einrichtung eines Diskussionsforums im Internet. Die Werkstatt ist offen für jeden, der sich für das Thema interessiert und bereit ist, seine beruflichen Erfahrungen und Ideen einzubringen. Die Ergebnisse sollen bundesweit publiziert werden, um Träger der schulischen und außerschulischen Bildung in ihrer Arbeit zu unterstützen.

Eine Multiplikatoren-  
Werkstatt als Ideenforum